

Presseerklärung vom 17.06.2019

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes Vorfahrt für Klima



Fridays for Future und die Lünen Initiative gegen globale Armut/LIGA fordern gemeinsam vom Rat der Stadt auf seiner Sitzung am 11.07. 2019 den Klimanotstand auszurufen. Dazu haben sie eine Resolution nach § 24 Gemeindeordnung NRW eingebracht. Unterstützt wird die Resolution von weiteren Organisationen und Initiativen.

Die Antragsteller bewerten die Klimapolitik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren als mit - und verantwortungslos: sie missachtete gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse und die Bedürfnisse kommender Generationen und geschah auf Kosten ärmerer Länder.

Vor diesem Hintergrund sehen die Antragsteller in der Ausrufung des Klimanotstandes in Lünen:

- Der Rat erkennt mit der Ausrufung des Klimanotstandes die akute Bedrohung durch den Klimawandel an.
- Der Rat erklärt die Eindämmung des Klimawandel und seiner schwerwiegenden Folgen als eine Aufgabe von höchster Priorität.

- Der Rat ergreift dazu neue, außergewöhnliche Maßnahmen. Dazu zählt eine „Vorfahrtregel“ für den Klimaschutz. Das bedeutet: Zukünftig müssen bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima und die Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Dabei sollen - wo immer möglich - Maßnahmen bevorzugt werden, die den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen helfen.
- Soll die Verabschiedung der Resolution kein reiner Symbolakt bleiben, so muss die Stadt deutlich machen, wer welchen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen erbringen kann und muss. Die Stadtverwaltung wird gebeten in einem jährlichen Report über Fortschritte zu berichten.
- Die Aufforderung an die Stadt ihren politischen Einfluss geltend zu machen, ein Klimaschutzgesetz einzuführen, um die Einhaltung der vereinbarten Reduktionsziele sicherzustellen.
- Den politischen Willen, binnen 15 Jahren alle Lebensbereiche vom Einsatz fossiler Brennstoffe zu befreien.